

Europa-Plan A
2016

Schaffen wir das?

„Du warst uns das Wichtigste, dass wir mitnehmen konnten: dich im Kinderwagen, jeder einen Rucksack mit ein bisschen Wäsche zum Wechseln und das, was wir auf dem Leib trugen. Es war eisig kalt, Februar – und unterwegs: Tiefflieger, Eisenbahntransporte in Viehwagen, leben in Lagern, Hunger, Schmutz ...“, so begannen die regelmäßigen Erzählungen meiner Großmutter. Nach dem letzten „Übernahmelaager“, einem Durchgangslager für Flüchtlinge in Erfurt, schickte man uns auf ein Dorf im Kreis Gotha. „Dort haben wir eine Nacht auf dem Dorfanger im Gras gelegen, bis man ein Quartier für uns hatte. Die meisten Leute haben uns nicht freundlich aufgenommen. ‚Zigeunerpack‘ nannten sie uns, doch es gab auch gute Menschen.“ Es war inzwischen September 1945 geworden. Da beginnt meine erste konkrete Erinnerung. Ich bin Jahrgang 1943 und komme aus Schlesien.

An all das erinnerte ich mich, als ich am 9. November 2015 unter Tausenden Menschen auf dem Domplatz stand, inmitten von jungen und alten Erfurtern und einer großen Anzahl junger Familien, offensichtlich Erfurter Neubürger. Um mich herum wuselten Kinder und die geduldrigen Eltern hatten ihre liebe Mühe, sie wieder einzufangen, damit sie in der Menge nicht verloren gingen. Aber, in dieser Menge war keiner verloren. Von ihr ging ein sehr starkes Gemeinschaftsgefühl, ein Signal der Solidarität aus. Das „Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit“ hatte aufgerufen, parteiübergreifend und gemeinsam für ein mitmenschliches, demokratisches und weltoffenes Thüringen einzustehen, ein Bündnis, das auch der „schweigenden Mehrheit“ unserer Gesellschaft die Möglichkeit bot, sich öffentlich zu bekennen. > Seite 9

INTEGRATION

Die Gesellschaft für deutsche Sprache wählte „Flüchtlinge“ zum Wort des Jahres 2015.



Seit Mitte Oktober 2015 spielen rund zehn Asylsuchende aus Eritrea und Afghanistan mit Waltershäuser Sportfreunden in der Drei-Felder-Halle Volleyball. Die 16- bis 25-Jährigen werden vom Abteilungsleiter der ZSG Grün-Weiß Rolf Greßler trainiert. Die Spielkleidung der ZSG-Volleyballer aus zurückliegenden Zeiten wird von den neuen Sportlern gern angenommen. Zur Verständigung untereinander kommt neben

„Händen und Füßen“ sowie Englisch immer mehr auch die deutsche Sprache zum Einsatz. Die Maßnahme ist Bestandteil des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Bei den Spielen wird um jeden Satz hart gekämpft. Doch es gibt am Ende nur einen Gewinner, und der heißt Integration. Stehend: Samuel, Filmon, Rolf, Yonas und Abdelkadir; sitzend: Masoud und Ali. Foto: -ller

Lasst den Hass nicht in unsere Herzen!

Impressionen vom Landesparteitag

Am 14. und 15. November 2015 fand die 1. Tagung des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Thüringen in der Stadthalle Gotha statt. Mit dabei waren unter anderem Gabi Zimmer, Katja Kipping, Bodo Ramelow und Susanne Hennig-Wellsow.

Bestätigt im Amt wurden die Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, die beiden Stellvertreter Steffen Dittes und Bernd Fundheller. Ebenso wiedergewählt wurden die Landesgeschäftsführerin Anke Hofmann und der Landesschatzmeister Holger Hänsgen. Als weitere Mitglieder

Wir machen es nicht besser, aber anders



Umstrittene Beschlüsse im Stadtrat

In der Stadtratssitzung der Stadt Gotha Anfang Dezember haben wir bereits, vorbehaltlich der Entscheidungen im Thüringer Landtag, den Haushalt 2016 beschlossen. Nichts Neues mögen da einige sagen, aber für 2015 hatten wir gerade den Haushalt im Mai beschlossen und der Haushalt 2014 war schon mit einigen Unbekannten bestückt.

Wie konnten wir daher jetzt schon, ohne Zahlen aus den Thüringer Ministe-

rien, ohne festgestellte Forderungen aus dem Kreishaushalt und ohne Zeitverzögerung einen Haushalt 2016 aufstellen und beschließen? Sind es doch die neue Arbeitsweise der neuen Regierung, die zuversichtlichen Aussagen aus den Ministerien oder die neue Aufstellung des Kommunalen Finanz Ausgleichgesetzes (KFA), der mehr Planungssicherheit aufzeigt, mehr Gelder in den Kassen der Gemeinden bereitstellt.

Und selbst mit diesem Wissen haben wir als Linksfraktion im Gothaer Stadtrat die kleinen sozialen Defizite in den Zahlen des Haushaltes gefunden und einen Beschlussantrag gestellt. Wahrscheinlich hätten wir noch andere Prioritäten setzen können, um die Forderungen aus unserem Wahlprogramm zum Ausdruck zu bringen. Aber die Situation in der Stadt und sicher auch in anderen Kommunen ist angespannt. Außerdem stehen noch einige Aufgaben vor uns. So haben wir gegen den Vorschlag der Verwaltung einen Antrag gestellt: Der Zuschuss für das Essengeld an den Schulen soll weiterhin erhalten und Familien mit nicht ausreichendem Einkommen von der Zuzahlung befreit bleiben. Ein Ziel, was in allen Wahlprogrammen der LINKEN zu finden ist und vielfach durch geschicktes Handeln auch bisher durchgesetzt werden konnte. Selbst die SPD hatte es bis zum

Landtagswahlprogramm den Wählern versprochen. Aber der Scheinkoalitionspartner im Stadtrat Gotha stand ihnen in der Gesamtheit bei. Jetzt gehen wir wieder einen Schritt zurück, alle müssen wieder einen Euro zuzahlen.

Ein weiterer Antrag der LINKEN, mehr Geld für die Aufwandsentschädigung im Ehrenamt bei der Flüchtlingshilfe bereitzustellen, konnte nur nach emotionaler Diskussion und einer Auszeit der anderen Fraktionen umgesetzt werden. Das Verhalten der beiden koalitionsfähigen Parteien ist schon nicht mehr sachlich förderlich, sondern es geht um die prinzipielle Macht im Gremium. Keinem Antrag der LINKEN zustimmen und nach Gutsherrenart Regierungspartei spielen. Ich werde nicht davon ablassen, sie auch hier im kleinen Gremium daran zu erinnern, wer in Thüringen regiert und dass ihr Verhalten die Arbeit der Regierung erschwert.

In den nächsten Tagen werden wir wieder eine Diskussion zur Bebauung der Gartenstraße/Moßlerstraße haben. Mal gespannt, wie sich SPD und CDU zu den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verhalten. Ich freue mich schon auf die Diskussion.

Bernd Fundheller
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Gotha

Die Kälber wollen wieder ihren Metzger ausprobieren

Offener Brief von Martin Mürb an Herrn Landrat Konrad Gießmann, an Herrn Oberbürgermeister Knut Kreuch, an die Damen und Herren BürgermeisterInnen des Landkreises Gotha, an die Mitglieder des Kreistages, der Stadt- und Gemeinderäte des Landkreises Gotha sowie die Beamten, Mitarbeiter und Angestellten der Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen

Sehr geehrte Damen und Herren, in tiefer Sorge um das Gemeinwohl der Mitmenschen und um den Zusammenhalt der Einwohner der Städte und Gemeinden unseres Landkreises wende ich mich namens der Mitglieder der Kreisorganisation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten auf diesem ungewöhnlichen Wege an Sie.

Spätestens seit dem feigen Anschlag in Ballstädt wissen Sie, welche Art faschistoider Marodeure sich in unserem Landkreis

herumtreiben. Der Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Friemar ist nicht das letzte Wetterleuchten einer Bedrohung der Bürger, ihres Eigentums sowie der öffentlichen Ordnung in unserem Kreis. Naziparolen brüllende, einschlägig bekannte Rechtsradikale rotten sich regelmäßig unter dem Deckmantel gesetzlich erlaubter Demonstrationsfreiheit zusammen und dürfen diesen Wegs den Faschismus und ihren Rassismus verbreiten.

„Der Anstreicher kam zur Macht nicht nur durch einen Staatsstreich, sondern auch auf gesetzmäßige Weise. Seine Partei war plötzlich die größte aller Parteien, so dass ihm die Bildung der Regierung nach dem Gesetz zustand. Im Volke herrschte die größte Verwirrung. Viele stimmten für den Bekämpfer der Demokratie, weil sie Demokraten waren. Dann gab es die vielen Unzufriedenen, die mit bestimmten Parteien unzufrieden waren, nämlich den vorhan-

denen, und auf die Partei des Anstreichers blickten als auf eine, die noch nicht regiert, also noch nicht versagt hatte. Die Kälber, unzufrieden mit ihren Scherern und Futtermistern und Hütern, entscheiden, nun einmal den Metzger ausprobieren zu wollen.“ (Bertolt Brecht)

Seit Jahrzehnten fordert die VVN-BdA gemäß Artikel 139 des Grundgesetzes das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen. Nun werden Sie einwenden, dass dies in Ihrer Macht nicht liege. Sehr geehrte Damen und Herren, dann wenigstens zeigen Sie Flagge, öffentlich, nehmen Sie an den Gegendemonstrationen der antifaschistischen und gesellschaftlichen Organisationen sichtbar und engagiert teil, geben Sie Ihren Mitbürgern die Sicherheit, Sie als die politisch Verantwortlichen an ihrer Seite zu haben! Je mehr wir alle unseren Mitmenschen die Ängste nehmen, umso weniger verirren sich als mitlaufende Kälber bei denen, die jederzeit bereit sind, den Metzger zu spielen.

Lasst den Hass nicht in unsere Herzen!

> Seite 1



wurden in den Landesvorstand gewählt: Mario Hesselbarth, Petra Welitschkin, Diana Skibbe, Jana Klaubert, Sascha Bilay, Dr. Steffen Kachel, Gabi Ohler, Markus Gleichmann, Arne Nowaki, Janine Eppert, Julia Sieber, Philipp Weltzien, Arif Rüzgar, Sabine Berninger und Angela Hummitzsch.

Hier ein Auszug aus der Rede der LINKE-Parteivorsitzende Katja Kipping: „Das Fazit des Krieges gegen den Terror fällt vernichtend aus. Trotz eines riesigen Einsatzes an Geld und Menschenleben, die Kosten für die Kriege im Irak, Afghanistan und Pakistan belaufen sich bei über drei Billionen Dollar. Die Gesamtzahl



Die erste Reihen der Gothaer Stadthalle. Katja Kipping, Bodo Ramelow und Susanne Henning-Welsow. Fotos: W. Möller (3), Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Thüringen (oben)

der Todesopfer dieser Kriege wird von internationalen Ärzten auf über eine Million Menschen geschätzt. Und trotz alledem ist diese Welt nicht sicherer geworden. Im Gegenteil, die Zahl der Terroristen, der Salafisten hat zugenommen. ... Und deswegen ist es falsch, jetzt noch mehr auf einen Krieg zu setzen. Wo immer auf die Logik des Militärs gesetzt wird, kommt es zu unschul-

digen Opfern, die werden dann zynisch als Colateralschäden bezeichnet. Wer aber z.B. Familienmitglieder auf diesen Weg verloren hat, der ist womöglich eher anfällig für die Rekrutierungsversuche von Terroristen. Und Terrorbanden wie der IS planen ja ihre grausamen Anschläge

mit einem kalten Kalkül. Der IS setzt darauf, dass es in Reaktion auf diese Anschläge mehr Hass gegenüber Muslimen gibt. Sie hoffen geradezu darauf, dass sich das gesellschaftliche Klima verschärfen wird und sie dann leichter neue Attentäter anwerben können. Die steigende Islamfeindlichkeit ist geradezu eingepflanzt in dem Rekrutierungsprogramm von diesen menschenverachtenden Banden wie dem IS. Und deshalb ist es jetzt umso wichtiger, besonnen zu reagieren. Auf den Terror nicht mit einer verschärften Militarisierung zu reagieren, ist also nicht nur ein Gebot des Pazifismus oder des Antimilitarismus. Es geht jetzt vielmehr darum, dass wir eben nicht der terroristischen

Propaganda in die Hände spielen. Und deshalb, meine ich, lasst uns jetzt besonnen reagieren, lasst nicht den Hass in unsere Herzen. Ich sehe eine weitere Gefahr, dass AfD, Pegida und all die Rechtspopulisten und Rassisten jetzt noch mehr Zulauf haben werden. Aber wir sollten uns eines immer in Erinnerung rufen, Rassismus und religiöser Fanatismus, rassistischer Terror, islamistischer Terror, das sind feindliche Brüder. Beide stärken einander, beide brauchen einander, beide sind geprägt von einer Verachtung gegenüber Menschenleben und beide bedrohen die Werte der Nächstenliebe, der Menschenwürde und der Demokratie. Umso wichtiger ist es jetzt, klar Flagge zu zeigen gegen jede Form von Menschenverachtung, komme sie als Rassismus daher oder als religiöser



Fundamentalismus. In Stunden wie diesen, da bewähren sich wirklich unsere Werte der Demokratie und Menschenliebe. Ich sage das auch deswegen, weil ich glaube, dass so mancher brauner Propagandist diese schrecklichen Anschläge jetzt missbrauchen wird, um die Debatten, wie wir umgehen sollen mit den Geflüchteten, anzuheizen.“



Auf dem Weg zu solider Finanzpolitik

Schwierige Abwägung: Anteile am Kreiskrankenhaus veräußert

Zunächst nicht öffentlich beraten, nun offiziell – die Anteile des Landkreises Gotha und der Stadt Ohrdruf am Helios Kreiskrankenhaus Gotha/Ohrdruf wurden an den Mehrheitsgesellschafter Helios Kliniken GmbH verkauft. 1995 wurde diese Partnerschaft eingegangen mit dem Ziel einen Krankenhausneubau zu ermöglichen. Dieser wurde im März 2002 eingeweiht. Helios Gotha/Ohrdruf ist mit seinen derzeit über 600 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber der Region.

Mit einem kommunalen Anteil von 49 % hatte der Landkreis gemäß Gesellschaftervertrag kaum Mitspracherechte. Dem Bestreben jährliche Gewinnausschüttungen zu erhalten um die kommunalen Haushalte auf zu bessern wurde mit der Mehrheit von 51 % regelmäßig entgegen gestimmt. Mehrere Gerichtsverfahren waren die Folge. Ende der Jahres 2015 wurde ein Vergleich vorgeschlagen, dem der Kreistag, der Ohrdrufer Stadtrat und Helios zustimmten: Die Helios Kliniken kauften die kommunalen Anteile. Die bisherigen Verfahren, in denen der Kreis Gotha wie die Stadt Ohrdruf auf Gewinnausschüttung klagten, wurden eingestellt. Der Kaufpreis wird in vier Raten auf kommende Jahre verteilt. Die erste Rate ging schon im Dezember 2015 bei der Kreiskasse ein und wird im Vermögenshaushalt des Kreises verbucht.

Gelder nachhaltig verwenden

In einer Beratung des Landrates mit den Fraktionsvorsitzenden wurde besprochen wie der Umgang mit den eingehenden Mitteln vorgesehen werden kann. Nachhaltig sollen die Gelder verwendet werden, so auch das Anliegen der LINKEN. Die Gel-



der sollten für Investitionen ohne Kreditfinanzierung verwendet, der Hebesatz der Kreisumlage soll stabil gehalten und bisher geplante Investitionen schneller umgesetzt werden. Mehr dazu können wir in einer der nächsten Ausgaben der Klarsicht berichten, denn ab Januar geht es für den Kreistag in die Haushaltsberatungen für 2016.

Kurz und knapp: Die Fraktion DIE LINKE stimmt einer Entlastung des Landrates zu. Damit zeigen sich die Fraktionsmitglieder mit der Ausführung des Haushaltsplanes durch die Kreisverwaltung zufrieden. Viele Verbesserungsvorschläge des Rechnungsprüfungsamtes wurden übernommen, so Anja Großmann. Wir bedanken uns bei den Rechnungsprüfern und den Mitarbeitern des Landratsamtes.

Haushaltsberatungen gehen in die zweite Runde

Nachdem der Landtag noch vor Weihnachten das Gesetz zum Kommunalen Finanzausgleich und seinen Doppelhaushaltsplan 2016/17 verabschiedet hat, können die Beratungen zum Kreishaushalt 2016 in die zweite Runde gehen. Dazu dienen die Kreistagssitzungen am 17. Februar und 9. März 2016.

„HELIOS ist mehr als die Summe seiner Standorte. Das starke Netzwerk unserer 111 Kliniken, der intensive fachübergreifende Wissensaustausch unserer Mitarbeiter und die schnelle Umsetzung von Innovationen garantieren unseren Patienten die bestmögliche Versorgung. Wir messen die Qualität unserer medizinischen Behandlungen und nutzen dies als Grundlage, uns konsequent zu verbessern. Sorgfalt, Transparenz und Ehrlichkeit sind die bestimmenden Faktoren in unserem medizinischen Alltag. ... Das HELIOS Kreiskrankenhaus Gotha/Ohrdruf ist ein Haus der Schwerpunktversorgung in Mittelthüringen und Akademisches Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena. Unsere Klinik verfügt über 326 Betten und 22 Tagesklinikplätze. 625 Mitarbeiter behandelten im Jahr 2014 etwa 20 979 Patienten stationär und 30 750 ambulant. Die Klinik verfügt über moderne Diagnose- und Therapiemöglichkeiten, unter anderem ein Herzkatheter-Labor, für ein Einzugsgebiet von zirka 150 000 Einwohnern. ... Strukturelle Fragen, die eine hohe Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung haben, werden im Einklang mit den möglichen Minderheitsgesellschaftern und/oder der lokalen Politik getroffen.“ (<http://www.helios-kliniken.de>)

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5, Fon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/85 61 64 | Vera Fitzke (V.i.S.d.P.)

**Biz bunu yapabiliriz
Wir schaffen das (TR)**



Miteinander und füreinander

70 Jahre Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität

Dieser Geburtstag steht in engem Zusammenhang mit anderen 70-Jahre-Jubiläen, wie Kriegsende, Tag der Befreiung, Weltfriedenstag u.a. und kann in wenigen Sätzen nicht beschrieben werden. Bundesweit wurde er mit einer würdigen Auszeichnungsveranstaltung und einem bunten, generationenübergreifenden Kulturfest unter Teilnahme von Politprominenz im Erfurter Kaisersaal am 17. Oktober begangen.

Um zu begreifen, wer und was die Volkssolidarität ist, muss nach ihren Anfängen gefragt werden. Der Ehrenpräsident der Volkssolidarität Prof. Gunnar Winkler formulierte das in einem Abriss zur Geschichte der VS so: „Die Gründungsgeschichte der Volkssolidarität (VS) ist gebunden an die 1945 existierende soziale Situation der Menschen, unabhängig von ihrer vorherigen sozialen und politischen Positionierung, sowie den enormen „Hilfebedarf“, der ohne das „Jeder hilft Jedem“ (Solidarität des Volkes) nicht zu bewältigen war.“ Das Ende des großen Krieges war aber nicht zugleich das Ende unsäglichen Leids Überlebender, ob als Obdachlose, Kriegsheimkehrer, Waisen, Kranke, Verletzte

und mehrere Millionen Flüchtlinge. Hinzu kommt das Leben unter unwürdigsten Umständen in zerbombten Städten und verwüsteten Landschaften. Es ist für mich ein Phänomen, dass in dieser furchtbaren Zeit des absoluten Chaos und der unsäglichen Not sich Menschen fanden, die nicht nach Herkunft fragten, auch nicht nach Religionszugehörigkeit oder Parteimitgliedschaft, um Bedürftigen einfach zu helfen. Sie organisierten Hilfe für die Nächsten. Sie handelten menschlich und damit solidarisch. „Der Solidaritätsgedanke, die Idee, dass einer dem anderen helfen muss, dass die Menschen in den Städten und Dörfern, den Kommunen und Gemeinden, dass die Bevölkerung, dass das Volk miteinander solidarisch umgehen sollten, um nicht in Apathie und Lethargie zu versinken, diese Idee der Solidarität des Volkes wurde zur Grundidee spontaner Vereinigungen und Verbände“ (Winkler). Am 17. Oktober dann wurde sehr basisdemokratisch die „Volkssolidarität“ in Dresden gegründet. Sie ist die einzige Bewegung, die nach 1945 durch das Zusammenwirken aller neu gegründeten Parteien, der Landeskirchen, Gewerkschaften und Frauenorganisationen, die sich zu einem Bündnis vereinten, entstand. Das wurde gestützt von Aktionsbündnissen auf Landesebenen. In

Thüringen war es die Aktion „Thüringen-Aktion gegen Not“ vom 3.11.45.

Die Volkssolidarität wurde im Verlaufe der Jahre zu einem der mitgliederstärksten Sozial- und Wohlfahrtsverbände. Sie hat eine sehr wechselvolle Geschichte erlebt, ist aber ihrem Grundsatz treu geblieben „Miteinander - füreinander“ da zu sein. Heute gibt es neben der Volkssolidarität weitere Sozial- und Wohlfahrtsverbände mit gleichen Zielstellungen. Die Volkssolidarität hat diesen Verbänden gegenüber bei vielen Gemeinsamkeiten ein Alleinstellungsmerkmal, den Mitgliederverband. Wenn auch die Mitgliederzahlen in den letzten Jahren stark zurückgingen, weil uns der DDR-Makel noch anhängt, dass man nur als älterer Rentner Mitglied in der VS sein kann. Unsere jetzt noch 900 Mitglieder im Kreis gestalten ihr Vereinsleben meist in einer der 21 Gruppen und erleben neben interessanten Zusammenkünften das menschliche Miteinander. Man ist nicht allein, ob bei Krankheit oder Trauer. Sich um den Nächsten kümmern ist geblieben. Es ist gerade in der heutigen Zeit, wo jeder zuerst sich selbst sieht, von unschätzbarem Wert. Diesen Wert neben vielen anderen sollten wir uns als Volkssolidarität bewahren und pflegen.

Dr. Heide Wildauer

Auf eigenen Füßen

Der Seniorenverband Kreis Gotha e.V. wurde 25

Im Jahre 1990 gründeten einige Seniorinnen und Senioren den Kreisverband Gotha des BRH (Bund der Ruheständler und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund). Ihr Ziel war es in erster Linie, den aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeitern der Ingenieurschulen, der Eisenbahn, der Volksbildung und auch aus dem Gesundheitswesen eine Heimstatt und einen Anlaufpunkt zu bieten. Heute hat der Verband 62 Mitglieder. Ein großer Schwerpunkt war in den Jahren bis 2013 das Ringen um Rentengerechtigkeit für die Mitglieder. Durch Hilfen bei Antragstellung, Widersprüchen und Klagen vor dem Sozialgericht wurden Rentennachzahlungen in Höhe von mehr als 420 000 DM bzw. Euro erkämpft. Wenn

sich auch in den letzten Jahren die Arbeit in diesem Bereich verringert hat, verfolgen die Mitglieder doch jederzeit den aktuellen Stand und hoffen, dass sie eine Angleichung des Rentenwertes Ost noch erleben können. Sie sind immer gut informiert, weil der Vorsitzende Heinz Basin in verschiedenen Gremien auf Landes- und Bundesebene aktiv ist.

Im Januar 2012 trennte sich der Kreisverband Gotha vom BRH-Landesverband, weil die Mitglieder nicht weiter die Unregelmäßigkeiten und das satzungswidrige Verhalten des Landesvorstandes dulden wollten und zwei Jahre lang vergeblich dagegen angekämpft hatten. Seitdem ist der Seniorenverband Kreis Gotha e.V. ein eingetragener, selbstständiger und anerkannter gemeinnütziger Verein. Er versteht sich als Sozialverband, was in der eigenen Satzung und in der täglichen Arbeit zum Ausdruck kommt. Regelmäßige Kontakte zu allen Mitgliedern, auch zu denen, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen

nicht mehr aktiv teilnehmen können, ließen die Mitglieder enger zusammenrücken. Der Verband ist für alle die Heimstatt, in der gemeinsame kulturelle Erlebnisse, Fahrten, Wanderungen und ständige Kontakte zu Kommunalpolitikern die Inhalte bestimmen. Berichte und Dokumentationen über die Fahrten innerhalb Thüringens halten die Mitglieder geistig fit und schärfen ihr Verständnis für die Veränderungen. Zudem arbeiten Mitglieder des Verbandes im Seniorenbeirat der Stadt Gotha und des Landkreises mit und sind auch in ihren Wohnorten aktiv.

Die Mitglieder des Seniorenverbandes gehören noch lange nicht zum „alten Eisen“ und melden sich zu Wort, wo und wann immer sie dies für notwendig halten. Interessenten sind herzlich eingeladen, der Arbeitsplan bietet in seiner Vielseitigkeit für jeden etwas. Treffpunkt ist jeden letzten Mittwoch um 14 Uhr im Klub „Galletti“ in der Gothaer Judenstraße.

Helga Oschütz

Wir schaffen das! (Eine Parabel)

Deutschland, das stolze Segelschiff,
erbaut von großen Firmen,
fuhr oft gekonnt um jedes Riff
und trotzte allen Stürmen.

Es segelt meist, so schnell es kann,
stets hart am Wind und tollkühn.
Der Sigmar ist der Steuermann
und Mutti Kapitänin.

Und droht auch ohne Unterlass
Sturmflut vom Nahen Osten,
meint Mutti nur: „Wir schaffen das
und scheuen keine Kosten!“

Wir halten Kurs! Was auch passiert –
mit deutschem Übermute!
Der Sturm wird von uns integriert!
Wir sind Europas Gute!

Der Sturmwind heult. Das Wasser steigt.
Die Großsegel zerfetzen.
Das Schiff sich schon bedrohlich neigt.
Mutti lässt sich nicht hetzen!

Stets neue Fluten treibt es her!
Das geht schon auf die Nerven!
Doch schließlich hat das weite Meer
genug Wasser-Reserven.

Aufs deutsche Schiff brechen herein
stets neue Wassermassen.
Auch die sollen willkommen sein,
meint Mutti. Nicht zu fassen!

Alte Eimer werden aktiviert,
auch Kannen, Wannen, Töpfe!
Alle Wasser werden integriert,
sogar in Wasserköpfe!

Ein Riff schlägt jetzt den Schiffsrumpf leck.
Ins Innere strömt Wasser.
Die Mannschaften im Unterdeck
werden zusehends nasser.

Mutti meint jetzt: „Stoppt dieses Nass
schon an den Außengrenzen!
Unser Schiff ist groß! Wir schaffen das!
Da müssen wir halt lenzen!“

Die teure Lenzpumpe jedoch,
sie funktioniert nicht. Leider!
Durchs Leck und auch durchs Haushaltsloch
strömt's unaufhaltsam weiter.

Die Sturmflut peitscht. Der Mastbaum bricht.
Das Schiff beginnt zu sinken.
Der Leichtmatrose löscht das Licht.
Die Mannschaften ertrinken.

Und Mutti haucht mit letzter Kraft:
„Uns kann nichts mehr passieren!
Ihr seht, wir haben es geschafft,
das Meer zu integrieren!“

* * *

Anmerkung: Ähnlichkeiten zwischen Sturmflut und Asylantenflut, teurer Lenzpumpe und teuren Migrationspolitikern sowie Weltmeer und Völkerwanderungspotenzial sind rein zufällig.

Heinz Niedermeier

„Dieses Buch ... zählt zu den erhellendsten Büchern über die Zeitgenossin Christa Wolf“, schreibt Christian Eger in der Mitteldeutschen Zeitung. Dem kann ich nur zustimmen, denn die Lektüre vermittelt uns eine Vielzahl von Einsichten in das Leben, Denken und Fühlen der Autorin, wortwörtlich und zwischen den Zeilen. Christa Wolfs Ehemann Gerhard Wolf ist es zu danken, dass uns aus dem umfangreichen literarischen Nachlass seiner Frau immer wieder interessante Editionen wie diese überraschen.

Zehnmals besuchte Christa Wolf die Sowjetunion – zum ersten Mal im Jahre 1957 als junge Frau und noch unbekanntes Autorin, zuletzt im Oktober 1989 als weltweit bekannte Schriftstellerin. Auf all ihren Reisen führt sie Tagebuch – mehr oder weniger ausführlich – und hält Begegnungen und Eindrücke fest. Diese handschriftlichen, oft verkürzten Tagebuchnotizen hat Gerhard Wolf veröffentlicht und fast zu jeder Reise seinen Kommentar hinzugefügt, ergänzt durch einige Fotos, Dokumente und Briefe.

Interessant besonders die Beschreibung der fünften Reise, einer Schriftsteller-Reise („ein ganzes Schiff voller Schriftsteller“) auf der Wolga von Moskau nach Gorki, an der auch Günther Weisenborn und Max Frisch neben einer Anzahl mehr oder weniger be-

+++ rezensiert +++



kannter Schriftsteller aus verschiedenen Ländern teilnahmen. Die Tagbuchaufzeichnungen von Christa Wolf und Max Frisch zeichnen ein anschauliches Bild der Reisetage und ergänzen einander trotz so manchen unterschiedlichen Blickwinkels.

Christa Wolf begegnet auf ihren Reisen einer ganzen Schriftstellergeneration, ihre Kontakte sind teils flüchtig, teils sehr tiefgehend, wenn man beispielsweise an Lew Kopelew und seine Familie denkt. Und sie erlebt hautnah die Schwierigkeiten, die Übersetzer und Herausgeber haben, um ihre Bücher in der Sowjetunion bekanntzumachen, u.a. am Beispiel ihres Buches „Kindheitsmuster“. Aber Christa Wolf reist gern in das große Land. Und immer „nimmt sie etwas mit“, zehrt noch lange davon und braucht eine Zeit, um die Eindrücke zu verarbeiten.

Die Lektüre der „Moskauer Tagebücher“ ist vor allem interessant, weil wir die Wandlung der Christa Wolf erleben: von der unkritischen, schwärmerischen, die Sowjetunion bewundernden jungen Frau, über das Erkennen von Mängeln und Schwierigkeiten, vorsichtige Zweifel und Skepsis, dann kritische Äußerungen und Gespräche bei besonderer Vorsicht bis zu offenen kritischen Stellungnahmen und zur Unterstützung der gemäßregelten oder ausgereisten sowjetischen Schriftsteller. Die „Tagebücher“ sind ein aussagestarkes Geschichtsdokument und werden ihrem Untertitel „Wer wir sind und wer wir waren“ in eindrucksvollem Maße gerecht.

Helga Oschütz

Konzernmacht brechen – Vielfalt stärken

Internationale Grüne Woche im Focus der Kritik

Anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin fordert das Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und Mitglied des Thüringer Landtages Dr. Johanna Scheringer-Wright ein Umsteuern in Agrarhandel und Agrarpolitik. „Die Macht der Konzerne muss gebrochen werden, weil nur dadurch Vielfalt erhalten bleibt,“ so Scheringer-Wright. Sie erklärt weiter: „Weltweit bestimmen zunehmend Konzerne, zu welchen Bedingungen unsere Nahrungsmittel hergestellt und verkauft werden. Multinationale Konzerne eignen sich zudem mehr und mehr Land direkt an. Dies geschieht zum Schaden von Milliarden Menschen weltweit und auf Kosten des Klimas und der Umwelt.“

Heutzutage werden landwirtschaftliche Erzeugnisse an den Börsen gehandelt und verkommen zu Spekulationsobjekten. Die

Überproduktion in Ländern mit Agrarsubventionen, wie z.B. in der EU und den USA, wird durch massive Exporte in Schwellen- und sogenannte Entwicklungsländer abgesetzt. Hand in Hand mit diesen Exporten geht der Import insbesondere von Futtermitteln, und dieser ausbeuterische Zweiklang verdrängt die Bauern in den Drittländern und raubt ihnen die Existenzgrundlage. Damit ist Überproduktion auf der einen Seite bei gleichzeitigem Hunger, Unterernährung und Armut auf der anderen Seite programmiert.

Die Akteure, die auch bei der Landnutzung weltweit skrupellos das kapitalistische Wirtschaftssystem durchsetzen, sprechen von freiem Handel – meinen aber nichts anderes, als Wettbewerbsbedingungen zum Vorteil ih-

rer Konzerne. Genau diesem Vorteil der Mächtigen sollen TTIP, CETA und viele andere Freihandelsabkommen dienen.



DIE LINKE setzt sich für Ernährungssouveränität ein und fordert einen fairen internationalen Handel, der sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Interessen der Konzerne orientiert. Wir wollen ein Landwirtschafts- und Ernährungssystem, das niemanden zur Landflucht zwingt und das regionale Entwicklung fördert. Gesunde Lebensmittel sollen für den vorwiegend regionalen Markt erzeugt, vom Lebensmittelhandwerk weiterverarbeitet werden und für alle Menschen verfügbar sein. Exportsubventionen in den reichen Ländern müssen gänzlich abgeschafft werden.

„Der Rote“ und sein Schreiber

Buchlesung mit Ramelow und Scherzer am 23. Februar im „Galletti“

Der Schriftsteller Landolf Scherzer ist ein engagierter Beobachter der Entwicklung in Thüringen. Seine Zeitforschungen über das Funktionieren von Macht und Politik hat er in Büchern festgehalten. Wir erinnern uns an „Der Erste“, in dem er einen DDR-Politiker aus der Innenansicht des SED-Parteiapparates beschreibt. In „Der Zweite“ beobachtet er einen Landrat, der als Bundeswehroffizier nach Thüringen kam und in Bad Salzungen Landrat wurde. Seine Erlebnisse als Berichterstatter im Thüringer Landtag (1999) beschrieb er in „Der Letzte“.

Nun bietet er uns mit „Der Rote“ einen erhellenden Blick hinter die Kulissen der aktuellen bundesdeutschen Politik. Für dieses Buch verfolgte er aus unmittelbarer Nähe Bode Ramelows erste hundert Tage im Amt. Zugleich war er mit dem Kabinett konfrontiert, mit Linken, Sozialdemokraten, Grünen und mit der neuen Opposition CDU und AfD. Er sprach sowohl mit Wirtschaftsvertretern als auch mit einfachen Leuten, konfrontiert sie von einem linken Standpunkt mit unbequemen und teils launigen Fragen. Am Beispiel Thüringer Landespoli-

tik wollte er wissen: „Welche Gestaltungsmöglichkeiten hat die Koalition, welche Grenzen setzt die knappe Stimmenmehrheit? Wie loyal sind Mitarbeiter und Beamte, die teilweise 25 Jahre in den Ämtern sitzen und anderen Parteien angehören als ihre Dienstherrn?“ Und vor allem: „Wie ohnmächtig ist eine Regierung, die etwas machen will, aber anderes tun muss?“ Wie etwa beim Bau der 380-kV-Leitung über den Thüringer Wald. Gegen diese Trasse hatten sich Bürgerinitiativen, Linke und Grüne jahrelang gesperrt. Ramelow hatte die Genehmigung im Wahlkampf nicht verhindern können. Es war die erste, schmerzhaft Niederlage, wie er eingestand.

Der rote Ministerpräsident

Hochschulfinanzierung, Wirtschaftsförderung, Kalilaugen-Verpressung, freie Schulen, Landeshaushalte, Aufarbeitung von DDR-Unrecht, Flüchtlinge – das ist eine kleine Auswahl der Probleme, mit denen sich die neue Regierung herumplagen und sich am abgewählten Vorgänger CDU messen lassen muss. In einem Kaleidoskop von Beobachtungen und Stimmen blättert Scherzer in Grundfragen der Politik. Und nebenbei versucht er beharrlich herauszufinden, was er eigentlich für ein Mensch ist, dieser „Rote“.

Obwohl sich beide seit Beginn der 1990er Jahre vom Hungerstreik und der Niederlage der Kali-Kumpel in Bischofferoede kennen, sich duzen, genügt es ihm nicht zu wissen, dass Bodo Ramelow seit dem 5. Dezember 2014 Ministerpräsident des Freistaates Thüringen und damit der erste Ministerpräsident eines deutschen Bundesstaates ist, der der Partei DIE LINKE angehört, dass er zuvor als Fraktionsvorsitzender der Linken Oppositionsführer im Thüringer Landtag und vier Jahre Mitglied des Bundestages war. Er will wissen, wie „der Rote“ seine Politik gestaltet.

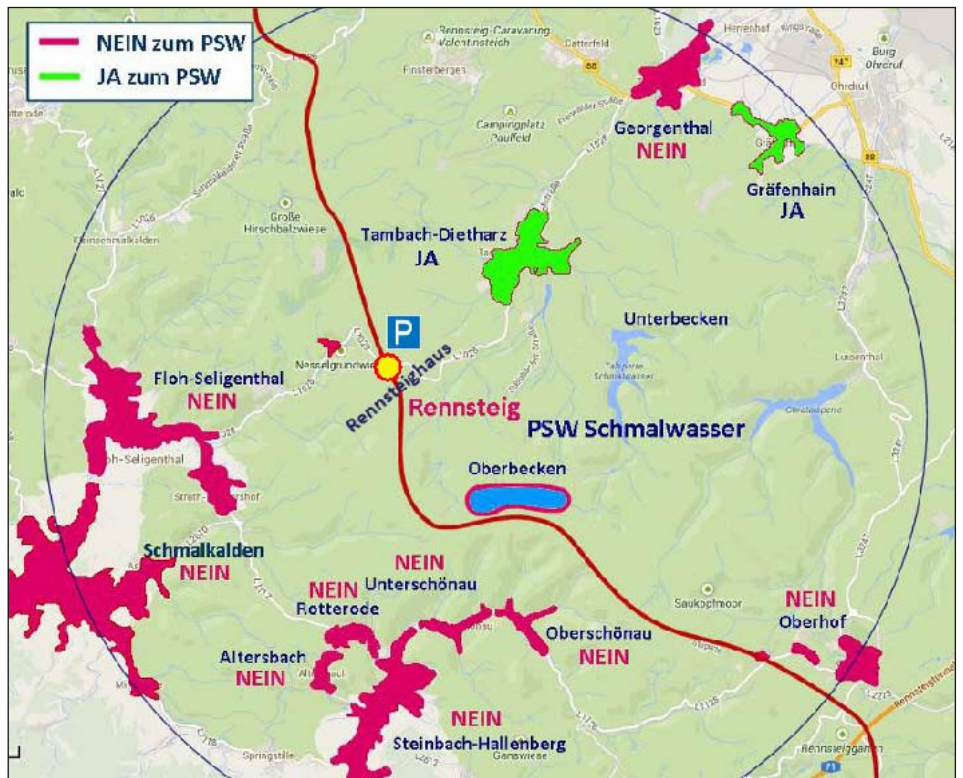
Das beschreibt Scherzer locker und leicht, heiter, ernst, sachlich und mit Nachdruck in seinem neuesten Buch „Der Rote“. Zurzeit ist er auf Lese-Tour. Nun auch in Gotha. Aber dieses mal ist es wohl eher umgekehrt: Der Ministerpräsident begleitet den Schriftsteller während einer Lesung aus seinem neuesten Buch. Dr. Heide Wildauer von der Gothaer Volkssolidarität hat beide ins „Galletti“ eingeladen. Diese interessante Veranstaltung findet am 23. Februar um 14 Uhr im Klub „Galletti“, Judenstraße 44 statt. Sie sind herzlich eingeladen.

Ursula Weidenbecher

Energiespeicher sind vonnöten (2)

Übrigens: Auch die Quellen, die in Tambach-Dietharz und darüber hinaus genutzt werden, wie Apfelstädt, Kammerbach, Gespringe, Buchborn, Nitzelswiese usw. usf. liegen nicht im Bereich des PWS und seiner Anlagen. Noch mal: Es geht um unsere Zukunft und nicht um Geldfluss-Spekulationen. Es ist gut, dass auch die gesamte Region finanziell von einem derartigen PWS profitiert. Das Oberbecken fügt sich nach den Maßgaben des Landesverwaltungsamtes sehr gut in die Landschaft ein. Neigungswinkel und Profil des Hufeisendamms werden der Landschaft angepasst. Es wird kein Negativum für den Tourismus sein.

Noch ein Wort zum RT: Dieser tagte über zwei Jahre. Alle, die Befürworter wie die Gegner, hatten gleiche Rechte. Der Leiter des RT hat selbst Provokateure nicht ausgebremst. Wo gibt es sonst solch eine Verfahrensweise? Parteiübergreifend waren DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU von Anfang an dafür. Die CDU, seit sie in der Opposition ist, ist allerdings dagegen – warum wohl? (Allerdings ist die Kreis-CDU weiter dafür.) Auch zwei BI, NABU, Waldverband, Stadt Tambach-Dietharz, Landratsamt Gotha, anwesende Ministerien, Wissenschaftler verschiedener Institute und Universitäten u. a. haben zugestimmt und positive Gutachten erstellt. Auf der Gegenseite sitzen – oft durch Abwesenheit glänzend – FDP, AfD und zwei BI. Dem Investor und dem genehmigenden Landesverwaltungsamt wurde eine große Anzahl Änderungs- und Ergänzungsvorschläge sowie Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen. Fast alle wurden akzeptiert. Die Gegner, die leider keine Vorschläge brachten, disqualifizierten sich, lehnten alles ab oder glänzten häufig, wie gesagt, durch Abwesenheit. Durch provokantes Auftreten und pseudowissenschaftliche Aussagen sowie Verbreitung



von Halbwahrheiten über bereits seit Jahren laufende PSW stellten sich die Gegner oft ins Abseits oder schossen Eigentore. Erstaunlich übrigens, dass fast alle Gegner aus dem Kreis Schmalkalden/Meiningen kommen. Diese werden weder vom Baugehen noch von anderen Auswirkungen – allerdings auch nicht vom Nutzen direkt berührt.

Der RT hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, die genau eingehalten wurde. Schließlich ist der Leiter des RT ein Jurist. Alle tangierenden Auswirkungen, auch Verlauf von Starkstromtrassen sowie alle aufgeführten Probleme, z. B. Klimaschutzkonzept und Zielabweichungsverfahren, wurden im Gegensatz zum besagten Artikel ausführlich behandelt. Vorschläge unsererseits wurden bereits in die Unterlagen zum ROV eingearbeitet oder haben

Eingang in die 38 Maßgaben des Landesverwaltungsamtes gefunden.

Uns ist bekannt, dass Bodo Ramelow stets ein Befürworter des PWS war und ist, sowohl in der Opposition als auch in Regierungsverantwortung. Während des Wahlkampfes hat er sich zu diesem Thema zurückhaltend geäußert. Das ist verständlich. Fazit: Ich habe noch nie in meinem Leben einen RT mit so viel Demokratie erlebt, um die Zukunft in einer Region und darüber hinaus im ganzen Land zu gestalten. Es war keine Alibi-Veranstaltung, sondern gelebte Bürgerbeteiligung. Jeder kann zu diesem Thema auch die live aufgezeichneten RT-Veranstaltungen im Internet ansehen und sich zum Thema PSW umfangreich und wahrheitsgemäß informieren.

Günter Jonak

Siegesmund: „Weltklimavertrag mit Leben füllen“

Thüringens Umweltministerin Siegesmund sieht in der Einigung der internationalen Staatengemeinschaft auf einen verbindlichen Weltklimavertrag ein wichtiges Signal zur Abkehr von klimaschädlichen fossilen Energien. „Der Weltklimavertrag von Paris ist ein historisches Dokument für ein lebenswertes Klima auf unserem Planeten. Jetzt kommt es darauf an, die Vereinbarun-

gen und Maßnahmen des Vertrags mit Leben zu füllen. Dazu gehört neuer Schwung für den Ausbau erneuerbarer Energien und ein schnellstmöglicher Kohleausstieg“, sagte Siegesmund heute in Erfurt. Für Thüringen bedeute der Weltklimavertrag von Paris die Verpflichtung, eine ambitionierte Klimaschutz- und Anpassungspolitik zu verfolgen. Die Ministerin kündigte an, dem Thüringer Landtag im Jahr 2016 ein Thüringer Klimagesetz vorzulegen und einen

breiten Diskussionsprozess zur Erarbeitung einer Integrierten Energie- und Klimaschutzstrategie anzustoßen. Weiterhin solle das bestehende Klimaanpassungsprogramm IMPAKT fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. „Der Weg ist das Ziel. Wir wollen den Schulterschluss mit Wirtschaft, Verbänden, Kommunen sowie den Bürgerinnen und Bürgern für den Klimaschutz in Thüringen“, so die Ministerin.

Quelle: Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

Schaffen wir das?

Gastkolumne eines Teilnehmers der Erfurter Demo „Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit“

> Seite 1

Es war eine Plattform für alle diejenigen, die an den Mittwochen nicht demonstrieren gehen, um ihre Verunsicherung und Ängste als Hassparolen gegen Flüchtlinge, Politiker und Presse herauszuschreien. Angst vor Fremdem und Fremden, vor materiellem Verlust, vor Gewalt sind schlechte Ratgeber. Auch eingeredete Angst kann als Wahrheit empfunden werden und so meiden Menschen oft fremde Kulturen, reagieren ablehnend und feindlich. Denn Menschen ordnen sich nach Identität und Selbstwertgefühl einer Gruppe zu. Und die Intensität dieser Selbstzuordnung bestimmt den Grad dieser Identität und des Selbstwertgefühls (nach Prof. Andreas Beelmann, TA, 12.10.2015ff.).

Bezieht der Mensch jedoch einzig und allein aus dieser Zuordnung seinen Selbstwert, empfindet er alles andere als Bedrohung. Genau darum geht es bei den Vorurteilen gegenüber Fremden. Es ist also wichtig, ob wir unsere Identität eindimensional, z.B. nationalitätsbezogen definieren oder ob wir uns vielseitiger verstehen. „Die größten Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahrhunderte beruhen psychologisch zu einem Großteil auf dem Phänomen des sich bedroht Fühlens durch andere Nationalitäten, Religionen oder Ethnien – also von etwas Fremdem, Unbekanntem, Andersartigem.“ Wenn Menschen über keine anderen Mittel verfügen, ihre Identität zu ergänzen, etwa durch vielfältige Kontakte und Diskussionen, durch das Kennenlernen Fremder, durch umfassende Wissensanreicherung über das ihnen Fremde, „dann erleben sie die Bedrohung ihrer Identität in zunehmenden unverarbeiteten Angstzuständen, die dann sehr leicht in Aggressivität und Gewalt umschlagen können.“ (A. B.).

Hinzu kommen wirtschaftliche Sorgen. Was nicht entstehen darf, ist eine Situation, dass deutsche sozial Schwächere schlechter gestellt werden, als der zu integrierende Teil der ausländischen Mitbürger oder dass gar beide sozialen Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. „Es gibt ja das Bedürfnis, in der sozialen Hierarchie nicht ganz unten zu stehen. Und nun ... gibt es jemanden, der noch weiter unten steht: der Asylbewerber.“ (Henryk Goldberg, TA, 26.10.2015). Das zu verhindern, ist es deshalb dringend geboten – im sozialen Wohnungsbau, der Kindertagesstätten-Versorgung, der Ausbildung und der Bereitstellung von Stellen für Kindergärtner/innen, von Mitteln im Bildungswesen, bei der Ausstattung von Schulen, der Ausbildung und Stellenschaffung von Lehrern, Erziehern, Sozialpädagogen, Psychologen Defizite zu beseitigen; wie in der kulturellen Versorgung z.B. der Bibliotheken, der beruf-

lichen Aus- und Weiterbildung, der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Berufsabschlüsse, der Integration der Neubürger in ein gesamtgesellschaftliches Leben ohne Isolation – zuzulegen, bürokratische Hürden abzubauen. Hier ist doch ganz eindeutig festzustellen, dass es Deutschland seit Jahren und lange vor der sogenannten Flüchtlings-Krise an diesem sozialen Modernitätsschub gefehlt hat. Das gilt auch für die Entwicklung einer gesunden, modernen Infrastruktur in vielen Städten und im Verkehr.

Wir beobachten seit Jahren eine immer größere Kluft zwischen Arm und Reich, eine immer größere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die immer stärkere Privatisierung des gesellschaftlichen Reichtums wie die zunehmende Sozialisierung der Verschuldung. Es begann mit der Banken- und Staatsschuldenkrise. Hier war man blitzschnell bereit, die Banken zu entschulden, ausreichend mit Kapital zu versorgen und dem Staat, also den Bürgern die Schuldenlast aufzuladen. In den vergangenen Jahren, wie auch heute, verfügte das Bundesfinanzministerium über Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Allein 2015 werden voraussichtlich 617,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen auf Grund der wirtschaftlichen Lage erwartet (Steuerschätzung: 147. Sitzung 3.-5.11.2015). Dass diese Mittel dafür verwendet werden, Staatsschulden abzubauen und Vorsorge in staatlichen Rücklagen anzuhäufen, ist so gut – wie richtig. Jedoch im Angesicht der Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge des Staates für kommunale und regionale Aufgaben ist die stets stur verkündete Konsequenz der „schwarzen Null“ – fehl am Platze!

Gerade in der gegenwärtigen Situation wird in Deutschland erschreckend deutlich, wo und wie groß die Lücken der öffentlichen Daseinsvorsorge seit Langem sind! Mit der Flüchtlingsfrage hat das also rein gar nichts zu tun. Mit der richtigen politischen Strategie und abgestimmten Konzepten können wir die Probleme nicht nur wirtschaftlich bewältigen. Immer neue sinnlose Verschärfungen des Asylrechts sind dafür völlig kontraproduktiv.

Ängste lassen sich für bestimmte politische Ziele immer instrumentalisieren. Gleichzeitig verbinden sie Unsicherheit, Unwissen und Empfindungen der Angst mit berechtigter Kritik an sozialen Fehlstellen und Defiziten in der demokratischen Gesellschaft. Es



kommt also auf die Zivilgesellschaft an, inwieweit sich Menschen gegen oder vor die Grundwerte unseres demokratischen Staates stellen. Prinzipiell und um denen, die der Demokratie in den Arm fallen wollen, zu widerstehen, müssen Regierung, Verwaltungen und die Sicherheitsorgane die Registrierung der ankommenden Flüchtlinge, ihre Unterbringung und letztlich ihre Integration schnell und sichtbar in den Griff bekommen. Die Bürger müssen darauf vertrauen können und sicher sein vor Chaos, Unordnung und Kakophonie der Politik und überbürokratisierter Behörden.

Allen denen, die eine strikte Abschottung und Verschärfung aller gesetzlichen Regelungen zur Einschränkung der Freiheit unserer offenen Gesellschaft fordern, sei entgegen gehalten: Genau vor dem, was ihr befürchtet, nämlich Terror, Gewalt und Chaos, sind die Flüchtlinge nach Europa und Deutschland geflohen. Hier erhoffen sie sich Ruhe, Frieden, Freiheit, Ordnung und eine Zukunft. Deshalb sind die Planungen der Bundesregierung zur beteiligten Kriegsführung in Syrien und gegen den sogenannten „IS“ ohne ein politisches Gesamtkonzept aller Koalitionäre mit mehr als großer Skepsis zu sehen. „Wir wissen seit mindestens 15 Jahren, dass viele junge Afrikaner versuchen, nach Europa zu kommen.“ Es war also vorhersehbar, was jetzt geschieht? „Junge Menschen, die für ihre Flucht alles in Kauf nehmen, kann man nicht abwehren.“ (Rupert Neudeck). Vielmehr gilt es die Ursachen der Konflikte und die Wurzeln des „IS“ auszutrocknen (u.a. politische Einmischung in Nordafrika, Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, Blockierung der Ölförderung und Öl-Ankauf als wichtigste Geldquelle des IS, ausreichende Versorgung der Flüchtlingslager in den arabischen Umliederstaaten, EU-Grenzsicherung, Verbot der europäischen Salafisten-Vereine). Mit noch mehr Bomben und nun auch deutscher Kriegsbeteiligung wird der Exodus aus Syrien und Irak nicht aufzuhalten sein!

G. Sand

PS. Dass die dabei zusätzlich erwirtschafteten Mittel (12,1 Mrd. Euro für 2015) dafür verwendet werden, Staatsschulden abzubauen und Vorsorge in staatlichen Rücklagen anzuhäufen, ist so gut – wie richtig. Jedoch im Angesicht der Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge des Staates für kommunale und regionale Aufgaben ist die stets stur verkündete Konsequenz der „schwarzen Null“ – fehl am Platze.

Leinen los für „Mein Kampf“?

Das Buch glänzte auf dem Nährboden der Unwissenheit (TLZ Gotha, 2.1.2016).

Die unkommentierte Verbreitung muss Strafbarkeit nach sich ziehen

Zum 31. Dezember 2015 sind die Schutzrechte – die wohl im vorliegenden Fall im doppelten Sinne verstanden werden sollten – an Hitlers Machwerk „Mein Kampf“ ausgelaufen. Für ihn gilt wie bei anderen Autoren § 64 des deutschen Urheberrechtsgesetzes: 70 Jahre nach ihrem Tod wird das Werk gemeinfrei und kann von jedem ohne Konsequenzen nachgedruckt werden. Ohne Konsequenzen? Das dürfte im Falle von „Mein Kampf“ am Ende wohl doch nicht gelten. Was urheberrechtlich möglich ist, kann durchaus aus anderen Gründen wieder untersagt sein. Der bayerische Staat, bei dem die Rechte für Hitlers Schmähchrift lagen, hat bisher sehr sorgfältig darüber gewacht, dass diese nicht verletzt wurden.

Mancher meint, die Verbreitung des (unkommentierten) „Werkes“ unterliege dem Paragraphen 86 des Strafgesetzbuches, der das „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ zum Inhalt hat. In dessen Absatz 1 Ziffer 4 ist geregelt, dass derjenige, der Propagandamittel, „die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen“, verbreitet, zur Verbreitung herstellt, vorrätig hält oder in Datenspeichern öffentlich zugänglich macht, mit Freiheitsstrafe oder

Geldstrafe bestraft wird. Problem dabei ist, dass diese Propagandamittel erst nach Inkrafttreten des Grundgesetzes entstanden sein müssen. Das ist hier unzweifelhaft nicht gegeben, da „Mein Kampf“ Mitte der 1920er Jahre von Hitler geschrieben wurde und neben seiner Autobiografie auch inhaltlich eine Anleitungsschrift zum Aufbau der NSDAP enthält. Dieser Inhalt konnte sich mithin nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik richten. Trotzdem wird die unkommentierte Verbreitung Strafbarkeit nach sich ziehen. Das ist auch gut und richtig so.

Hitler macht aus seinen antisemitischen Überzeugungen in dem Buch keinen Hehl. Offen ruft er zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung auf, wie er auch gegen die Weltanschauungen des Marxismus und der Sozialdemokratie hetzt. Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit sowie die Forderung nach der Erschließung von „Lebensraum im Osten“ stehen im Mittelpunkt.

Eine unkommentierte Verbreitung einer Neuauflage des Buches würde also in jedem Fall den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen, weil derjenige den öffentlichen Frieden stört, der „gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil

der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt oder Willkürmaßnahmen auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet“, ausschließlich mit Freiheitsstrafe bestraft wird (§ 130 Absatz 1 Strafgesetzbuch).

Einschlägig ist dann der Absatz 2 dieser Vorschrift. Hier wird Freiheitsstrafe oder Geldstrafe für die Verbreitung von Schriften und deren öffentliche Zugänglichmachung mit gleichem inhaltlichen Ziel durch den Gesetzgeber angedroht. Bereits das Herstellen, Beziehen, Liefern, vorrätig Halten, Anbieten genügt, wenn es zu dem selben Zweck erfolgt. Diese zur Erfüllung des Tatbestandes erforderlichen Voraussetzungen sind bei einer unkommentierten Neuherausgabe des Buches in mehrfacher Hinsicht offenkundig erfüllt. Eine solche muss und wird also auf diese Weise verboten bleiben.

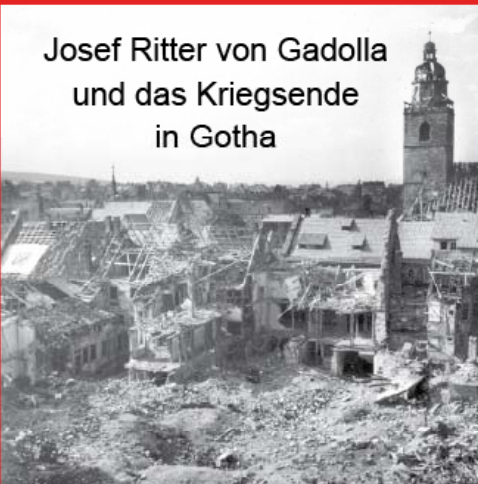
Auch wenn Recht und Moral zuweilen auseinanderfallen, dürfte es auch eine Frage der Ethik sein, ob ein solches Buch wieder in einem Schaufenster eines Buchladens in diesem Lande zu sehen ist, dessen „Autor“ die Welt in einen barbarischen Krieg mit mehr als 50 Millionen Toten gestürzt hat.

Ralph Dobrawa

Helga Raschke

Der Märtyrer

Josef Ritter von Gadolla
und das Kriegsende
in Gotha



Der Retter von Gotha

Ein neues Buch der Gothaer Ethnologin Dr. Helga Raschke

Das Buch gibt einen Einblick in die altösterreichische Adelsfamilie der Gadollas. Oberstleutnant Josef Ritter von Gadolla hatte gegen den Befehl, Gotha im Zweiten Weltkrieg bis zum letzten Mann zu verteidigen, weiße Fahnen hissen lassen. Nach dem Versuch, die Stadt den amerikanischen Streitkräften zu übergeben, wurde er vor ein Standgericht gestellt und hingerichtet. Die Ethnologin Helga Raschke veranschaulicht das Lebensbild des österreichischen Offiziers, seine Mentalität und großen persönlichen Konflikte beim Verweigern des militärischen Befehls. Sie schildert die letzten Kriegsmonate in Gotha mit Luftangriffen, menschlichen Leiden und Entbehrungen bis zur bedingungslosen Übergabe am 4. April 1945.

Die Autorin erforscht seit mehr als 50 Jahren das Leben und Wirken des „Retters von Gotha“. Seitdem sind mehrere Publikationen, auch in Zusammenarbeit mit österreichischen Kollegen, erschienen. „Der Märtyrer“ ist die erweiterte Neuauflage des von acht Jahren erschienen Buches über Gadolla. Zwei baugleiche Gedenkstätten in Gotha und Graz, ein Gedenkstein in Boilstädt, ein Straßennamen in Graz, ein Gadolla-Film und der Eintrag in das katholische Martyrologium sowie weitere Forschungsergebnisse waren dafür der Anlass.

Helga Raschke: Der Märtyrer – Josef Ritter von Gadolla und das Kriegsende in Gotha. Hardcover, 12 x 19 cm, 220 S., zahlreiche, teils farbige Abb., ISBN 978-3-939182-81-8, 20,90 Euro.

Wir müssen zusammenstehen

Eine Nachbetrachtung zu mehr
als zwei Jahrzehnten linke Politik

DIE LINKE.

Ein Viertel Jahrhundert linke Politik begann nicht erst im Oktober 1990. Die Ära LINKE begann mit den öffentlichen Diskussionen Ende der 1980er Jahre zu den schwer begreifbaren Zuständen. Viele Menschen fühlten sich von Partei und Regierung – bis in die Kreise hinein – unzeitgemäß gegängelt, bevormundet, belogen und teilweise bedroht. So wie in der Bevölkerung die Unzufriedenheit wuchs, wuchs sie auch innerhalb der Mitgliedschaft der SED. Die SED im Kreis Gotha hatte zu dieser Zeit ca. 15 000 Mitglieder. Plötzlich waren Mitgliedsbücher für viele nicht mehr „heilig“ – sie wurden weggeworfen und in Säcken weggetragen.

Heinz Nürnberg, damals Mitarbeiter der Kreisleitung, verzweifelte schier an der täglich neu anzufertigenden Statistik. Die Situation war für die Partei und noch vorhandene Mitarbeiter der alten Kreisleitung und Mitglieder hart. Trotzdem gaben 6100 Mitglieder zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung auf eine Zukunft nicht auf. Sie wurden bestärkt mit dem Aufruf und der Durchführung des Sonderparteitag im Dezember 1989 in Berlin. Ich war auch dabei und weitere 15 Jahre an allen Parteitag und deren Konferenzen.

Die Hoffnung, die mit der Gründung der SED/PDS im Dezember 1989 da war, wurde kurze Zeit darauf getrübt durch den Finanzskandal der Partei. Selbst Gregor Gysi war verzweifelt und andere wollten mit der

Handlungsweise einiger Verantwortungsträger der Partei nicht leben. Die Mitgliederzahl reduzierte sich weiter. Aber die Partei blieb. Ihre Mitglieder kämpften um die innere Säuberung und eine noch schwerer gewordene Überzeugungsarbeit nach draußen.

Die Runden Tische in Gotha unter Leitung von Superintendent Eckehart Hofmann und Pfarrer Montag von der katholischen Kirchengemeinde waren demokratische Organe der Wahrheitsfindung und zur Lösung der dringenden Lebensfragen im Kreisgebiet. Mit den Wahlen ab März 1990 und den daraufhin neu geschaffenen Strukturen änderte sich das. Wer für die SED/PDS antrat, hatte schlechte Karten. Er war vielen Anfeindungen ausgesetzt und musste sich im Gegensatz zu anderen, die in einer der ehemaligen Blockparteien oder der neugegründeten SPD antraten, immer wieder rechtfertigen für das, was in 40 Jahren DDR geschah. Nur wenige Berufstätige trauten sich, als Kandidat oder Kandidatin für die Liste der PDS anzutreten. Am Ende waren wir zwar in geringer Zahl gewählt, aber wir waren in den Vertretungen der Stadt, des Kreistages, des Landtages und im Bundestag vertreten.

In unserer Diskussionsrunde zu 25 Jahren von der SED/PDS zur Linkspartei am 20. November 2015 stellte ich an Martin Mürb und Prof. Dr. Peter Arlt folgende Frage: „Warum seid ihr im Gegensatz zu den meisten unserer Mitglieder, die 1990 noch Arbeit und eine mögliche berufliche Karriere vor sich hatten, in dieser Partei geblieben, die kein Garant für eine berufliche Zukunft war? Martin antwortete: „Wo sollte ich denn hin? Die Partei war von Anfang an meine politische Heimat. Und jetzt, wo wir uns selbst mit dem, was uns nicht gefallen hat, auseinandersetzen durften, hatte ich absolut keinen Grund, der inhaltlich gewandelten Partei den Rücken zu kehren. Ich wollte und konnte mich von da

an nur noch stärker engagieren als zuvor.“

Prof. Dr. Peter Arlt, ein an der Pädagogischen Hochschule Erfurt in der DDR hochgeschätzter Kunsthistoriker meinte: „Es hätte meiner Gesinnung widersprochen, mich nicht zur Wahl zu stellen. Ich kandidierte, obwohl ich das Evaluierungsverfahren vor mir hatte. Dieses habe ich bestanden, das heißt, ich wurde nicht aussortiert und durfte trotz PDS-Mitgliedschaft an der späteren Universität Erfurt bleiben. Ich wurde Lehrstuhlleiter und Professor und blieb dies bis zu meiner Emeritierung 2009 aus Altersgründen. Noch heute bin ich gefragt als Gutachter und Kurator mancher Kunstausstellung.“

Ich glaube, dass gerade die eindeutige Haltung Peter Arlts in der Evaluierungskommission zu seinem Fachgebiet und seiner weltanschaulichen Überzeugung ausschlaggebend war für seine Wertschätzung als Kunstsachverständiger mit linker Parteimitgliedschaft. Er stand zu sich und seiner Haltung. Das überzeugte. Er war nicht kündbar.

Aus heutiger Sicht ist es wichtig, auf die Jahre 1989/90 zurückzuschauen und nachzuforschen, wie es damals war. Dabei dürfen wir uns nicht ins Grübeln verlieren, sondern müssen weiter nach vorn schauen. Unsere sehr geringe Mitgliederzahl, die gegenwärtig unter 5 % von 1990 liegt, ist als äußerste Schmerzgrenze zu sehen. Wir brauchen neue Mitglieder, aber wir haben auch dafür zu sorgen, dass uns nicht durch fehlende Kontakte zu Mitgliedern und Sympathisanten noch mehr wegbrechen. Wir helfen unserer Partei und unserer Regierung am besten, wenn wir dafür sorgen, dass unsere eigenen Leute weiter zu uns stehen. Erforderlich ist dazu zweifelsohne das Kennen und Ernstnehmen ihrer Probleme und Fragen sowie das Nutzen ihrer Erfahrungen für unsere politische Arbeit.

Dr. Heide Wildauer

Rassismus nicht hinnehmbar

Am 30. Oktober hielt der Ortsverband Ohrdruf seine letzte Mitgliederversammlung für dieses Jahr ab. Das Hauptthema war „Flucht und Asyl in Deutschland, Thüringen und Ohrdruf“. Dieses wurde mit einem Vortrag anhand aktueller Zahlen, den wichtigsten Fluchtländern sowie Fluchtursachen erörtert. Zudem gab es einen Überblick zur aktuellen Situation in Ohrdruf mit der „Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenberg“ sowie der Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises.

Die Genossinnen und Genossen waren sich zum großen Teil einig darüber, dass die derzeitige Flüchtlingspolitik unmenschlich und nicht akzeptabel ist. Besonders die Situation für geflüchtete Menschen in der Außenstelle der Erstaufnahme mit ihrer unzureichenden Versorgung an Nahrungsmitteln sowie dem menschenunwürdigen Umgang durch das eingesetzte Sicherheitspersonal schockierte die Anwesenden.

Leider gab es allerdings auch ablehnende Worte. So wurden Muslima aufgrund

Fazit einer Mitgliederversammlung
Von Eric Labahn

des Kopftuches als „Pinguine“ bezeichnet, die sich an unsere Kultur anzupassen hätten. Der Verweis auf die Religionsfreiheit wurde mit einem „Scheiß auf das Grundgesetz“ abgetan.

Solche Haltungen dürfen nicht toleriert werden. Besonders nicht in einer Partei mit einem sozialistischen Anspruch. Ob sich die Ablehnung des Grundgesetzes mit der darin festgeschriebenen Religionsfreiheit und ein Verbleib in einer demokratischen Partei vereinbart, bleibt fraglich.

Die ganze Welt kommt nach Gotha



Prominente Gäste: Dr. Johanna Scheringer-Wright, Bodo Ramelow, Martina Renner (von rechts). unten: Martina Renner und Dr. Heide Wildauer; Michael Brychcy (links) war als Städtetag-Chef dabei. Fotos (3): W. Möller

Neujahresempfang des Kreisverbandes der LINKEN

Am 12. Februar wird im Kunstforum die Retrospektive des spanischen Künstlers Jorge Villalba eröffnet. Ein Großteil seiner avantgardistisch-surrealistischen Bilder hängt schon, wie das Gorgonenhaupt mit gebänderten Giftschlangen oder ein Männerkopf voller bunter Rosen. Einen symbolträchtigeren Ort hätte der Kreisverband der Partei Die Linke für seinen Neujahresempfang am 21. Januar nicht wählen können. Das Schlangenhaupt könnte für die Anfeindungen und Bedrohungen vom rechten Spektrum in diesem Land sprechen, während der Rosenkopf für das erfolgreiche erste Jahr von Rot-Rot-Grün in Thüringen steht. In diesem Spannungsfeld „werden wir auch im Jahr 2016 all unsere Kräfte einsetzen müssen, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Vordringlichste Aufgaben bleiben der Einsatz für den Frieden, die Integration von Geflüchteten und der Kampf für soziale Gerechtigkeit“ betonte Kreisvorsitzender Bernd Fundheller zur Begrüßung.

Alle drei Etagen des Hauses waren gut gefüllt mit Gästen aus Parteien, Verbänden, Organisationen und Vereinen des Landkreises sowie mit prominenten Vertretern der Linkspartei aus Berlin, Erfurt

und Gotha: Martina Renner (MdB), Ministerpräsident Bodo Ramelow, Johanna Scheringer-Wright (MdL) und Vera Fitzke (Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion). Renner ging auf die Flucht ereignisse des vergangenen Jahres ein. Sie beklagte 138 pogromartige Anschläge auf Asylanteneinrichtungen in Deutschland sowie einen Rechtsruck in Europa. Scheringer-Wright analysierte die Entwicklung der Thüringer Landwirtschaft. Sie forderte ein Umsteuern in Agrarhandel und Agrarpolitik. „Die Macht der Konzerne muss gebrochen werden, damit die Vielfalt erhalten bleibt. Weltweit bestimmen zunehmend Konzerne, zu welchen Bedingungen unsere Nahrungsmittel hergestellt und verkauft werden.“

Da Ramelow den Anwesenden beste Gesundheit für das neue Jahr wünschte, ging er gleich auf das gut funktionierende, flächendeckende Gesundheitssystem in Deutschland ein. Doch der ländliche Raum sollte besser versorgt werden und die Gemeindegewister wieder eine Zukunft bekommen. Weitere Themen seiner Neujahrsansprache waren der Mindestlohn, die Milchbauern, die Rentner, der Hochwasserschutz sowie die abstrusen Äußerungen des Herrn Höcke (AfD). Ramelow forderte, „wenn ein Flüchtling nach Thüringen kommt, soll er nach zehn Tagen

wissen, wie es mit ihm weitergeht.“ Von den vielen Krisengebieten und Kriegen auf dieser Welt spannte der Ministerpräsident einen Bogen zum Schloss Friedenstein, an dessen Portal-Schlussstein der berühmte Spruch vom Friede, der ernährt und vom Krieg, der verzehrt, steht. Er freut sich auf die Ernestiner-Ausstellung, vergisst aber gleichzeitig das Sorgenkind Reinhardsbrunn nicht: Die Enteignungsverhandlungen und Nutzungsideen sind im Gange.

Ausführlich befasste sich Ramelow mit den Talsperren im Landkreis Gotha. Die vom Trinkwassernetz genommenen Anlagen, wie der alte Gothaer Stauweiher in Tambach-Dietharz, seien zu teuer in der Unterhaltung und sollten für touristische Zwecke umgewidmet werden. Für die Energiegewinnung sei die Schmalwassertalsperre eine gute Option. Besser noch in Sachen Regenerative Energien sei die Firma Enercon, die weltweit Windkraft-Experten am Wirtschaftsstandort Gotha ausbildet. Mit den Worten „die ganze Welt kommt nach Gotha!“ schloss der Redner. Schade, dass OB Knut Kreuch nicht da war, ihn hätt's gefreut.

Wolfgang Möller



Adolf von Trützschler

Ein großer Führer der deutschen Demokratie

Wer war dieser Mann und was verbindet uns mit ihm? Sein voller Name lautet Wilhelm Adolph von Trützschler und er war der Sohn des in Gotha tätigen Geheimen Regierungsrathes Franz Adolph von Trützschler und seiner Gattin Elisabeth – eine Geborene von Wangenheim. Wilhelm Adolph von Trützschler kam am 20. Februar 1818 in Gotha zur Welt. Heute erinnern uns hier lediglich der Trützschler-Platz in Gotha und die Adolf-von-Trützschler Schule in Wölfis an diesen einstigen Revolutionär. Er studierte in Jena, Leipzig und Göttingen und war im Justizamt zu Zwickau und dem Appellationsgericht zu Dresden tätig. Er war hochbegabt und hatte eine verheißungsvolle Zukunft vor sich. Er war aber auch dafür bekannt, dass er sich rücksichtslos anderen gegenüber verhielt und manchmal zu Gewalttätigkeit neigte.

Die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848 und 1849 erfassten auch Adolf von Trützschler. Er war Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und schloss sich der Donnersberg-Fraktion an. Er saß im sächsischen Landtag in der Verfassungsdeputation. Innerhalb seiner Partei spielte er eine leitende Rolle. Dies führte dazu, dass er beim badischen Aufstand in vorderster Reihe agierte. Er war Zivilkommissär in Mannheim und provisorischer Regierungsdirektor im Unterrheinkreis. Durch die Art, wie er seine revolutionäre Tätigkeit ausübte oder vielleicht ausüben musste und weil seine Anordnungen bei der badischen Bevölkerung einen weitverbreiteten Widerstand auslösten, hatte er neben politischer Gegnerschaft auch persönlichen Hass gegen sich erweckt. So kam es, dass in Mannheim, wo die Einwohnerschaft ein Bombardement und blutige Straßenkämpfe zu erleben fürchtete, am 22. Juni eine Konterrevolution ausbrach. In deren Folge wurde Trützschler, als er auf einem bereit gehaltenen Pferd das Weite suchen wollte, von Bürgern und Dragonern festgenommen und an die wenige Stunden später einrückenden preußischen Truppen ausgeliefert.



Wilhelm Adolph von Trützschler-Martyrer-Stein auf dem Hauptfriedhof von Mannheim. (https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Adolph_von_Tr%C3%BCtzschler)

Am 13. August verurteilte ihn das Kriegsgesetz zu Mannheim wegen vollendeten Hochverrats zum Tod durch Erschießen. Bereits am folgenden Tag, den 14. August 1849, wurde das Urteil durch ein preußisches Erschießungskommando vollstreckt. Von sieben Kugeln getroffen, wurde ein weiterer Kämpfer für Deutschlands Einheit auf dem Mannheimer Hauptfriedhof von preußischen Soldaten erschossen.

Wilhelm Adolph von Trützschler oder besser das Adelsgeschlecht der Trützsch-

lers hat aber auch unmittelbar mit meiner näheren Umgebung zu tun. Sie verwalteten das Gut Herda, welches auf dem heutigen Truppenübungsplatz Ohrdruf lag und neben dem Gut Tambuchshof zur Gemeinde Wölfis gehörte. Es lag nördlich von Wölfis und östlich von Ohrdruf. Den Kindern auf diesem Gut wurde damals schon manches geboten, wovon man in den umliegenden Ortschaften nur träumen konnte. Schulpflichtige Kinder durften nicht arbeiten – sie mussten die Schule besuchen. Jedes Kind bekam jeden Tag kostenlos einen halben Liter Milch und während man anderswo noch mit der Schiefertafel in die Schule ging, gab es in der Schule des Gutes Herda bereits Schulhefte und es wurde mit Tinte geschrieben. Leider wurde das museale Schulgebäude nach der Wende von der Bundeswehr abgerissen. Dort standen noch immer die alten Schulbänke mit den Aussparungen für die Tintenfüller und in den Vitrinen an den Wänden waren eine Vielzahl präparierter Tierkörper und andere Schulgerätschaften erhalten geblieben.

Meine Vorfahren väterlicherseits waren in Wechmar ausgebildete Schäfermeister und auf dem Gut Herda tätig. Adolph von Trützschler suchte auch einmal Unterschlupf auf Gut Herda. Aber eine preußische Streife hatte sich auf den Weg in Richtung des Gutes begeben. Mein Urgroßvater versteckte Trützschler in einem Spreukorb, den er auf einen Pferdewagen stellte und mit einer Fuhre Heu umgab, um Trützschler vor den Preußen in Sicherheit zu bringen. Auf dem Weg nach Ohrdruf begegneten ihm jedoch einige Gendarmen und fragten, wem er das Heu bringen wolle, behelligten ihn jedoch nicht weiter.

Die Flucht gelang. Meinen Urgroßvater hat dieses Ereignis jedoch sehr mitgenommen. Am Morgen hatte er das Haus noch als dunkelhaariger Mann verlassen, ist aber abends mit schneeweißen Haaren zurückgekehrt, hat sich ins Bett gelegt, ist nie wieder aufgestanden und nach wenigen Monaten verstorben.

Klaus Perlt

Zum Theo-Neubauer-Preis

Der von der Basisgruppe VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes / Bund der Antifaschisten) Gotha aus geschriebene und von führenden Genossinnen unterstützte Theo-Neubauer-Preis wird diesmal nicht vergeben.

Der für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Werktätige, Rentner offene Wettbewerb lud im Februar 2015 ein, sich an ihm mit Kurzgeschichten und Reportagen oder auch mit Fotos zu beteiligen. Zwar ließen die wenigen eingereichten Arbeiten durchaus erkennen, wie die Teilnehmer in ihren Texten und Fotos dem politischen Geschehen sich zuwenden und aus humanistischer Grundposition Position beziehen. Vor allem ein fotografischer Beitrag war hautnah an der Wirklichkeit und zeigte mit protestierender Masse und Individualporträts das Verhältnis von einzelner und gemeinsamer Aktivität. Leider wurden aber keine Zeichenfindungen für aktuelle Zeiterfahrungen gefunden, die den Leser oder Betrachter mit originellen Bild- und Sprachformen berühren.

Deshalb haben die zusammengekommen Mitglieder der Jury, Prof. Dr. Peter Arlt



Die Schreibmaschine und die Häftlingskleidung von Dr. Theodor Neubauer im Tabarzer Heimatmuseum „Verrückte Schule“. Foto: W. Möller

(Gotha), Vera Fitzke (Mitglied des Kreistages Gotha), Martin Mürb (VVN/BdA Gotha) und David Ortmann (Bürgermeister von Tabarz) am 23. November 2015 entschieden, auf Grund der nicht überzeugenden Qualität der Beiträge keinen Preis zu ver-

geben und dass die Auslobung des Preises mit veränderten Kriterien im Februar 2016 erfolgen soll.

Peter Arlt

Siehe auch Klarsicht 3/2015 sowie Termine im Februar (Seite 12).

Internationaler Frauentag

Liebe Genossinnen und Kolleginnen, liebe Interessierte, der DGB-Kreisverband Gotha und seine Mitgliedsgewerkschaften laden ganz herzlich zur Frauentagsfeier im Jahr 2016 ein.

Wir wollen den Gothaer Kolleginnen Danke sagen für die viele Arbeit, die Frauen das ganze Jahr über, egal ob beruflich, ehrenamtlich oder in der Familie bzw. im Freundeskreis ganz selbstverständlich leisten.

Bei Kaffee, Kuchen und Kultur redet es sich außerdem gut. Wir möchten ins Gespräch kommen – ganz gemütlich über alles, was interessiert und über die Gewerkschaftsarbeit, aber auch über die Benachteiligungen, die Frauen in der Arbeitswelt und anschließend in der Rente immer noch erfahren.

Die Frauentagsfeier findet am 8. März 2016, um 15.30 Uhr im Klub „Galletti“, Judenstraße 44, Gotha statt.

Zum Einstieg wird der DGB Kreisvorsitzende Olaf Kämpfer ein paar Worte zu den frauenpolitischen Zielen der DGB-Gewerkschaften sagen. Anschließend ist Zeit für Kultur mit Musik und Showtanz sowie gute Gespräche. Kaffee und Kuchen stehen für das leibliche Wohl zur Verfügung. Der Eintritt ist frei.

Um planen zu können, bitten wir um Anmeldung unter Telefon (0361) 5 96 13 59, Fax an: (0361) 5 96 14 44 oder per Mail an julia.langhammer@dgb.de.

Worte des Vorsitzenden

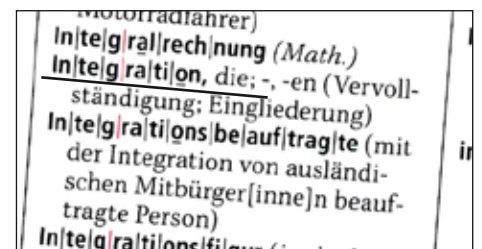
Über Zuwanderung

Ich bin davon beeindruckt, wie viele Menschen freiwillig und gern den Flüchtlingen helfen. Damit Kommunen und Länder das Ihre leisten können, ohne dass für andere Leistungen das Geld fehle, sollte der Soli an alle Länder verteilt werden. Die Regierung muss ernsthaft beginnen, die Fluchtursachen zu bekämpfen, sonst kann irgendwann eine unbeherrschbare Situation eintreten. (Bild, 8.9.2015)



Worte des Vorsitzenden Gregor Gysi. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2015, ISBN 978-3-359-02490-3, 10 Euro.

Integration



„Integration“ steht gleich neben „Intelligenz“ (DUDEN – Die deutsche Rechtschreibung, 24. Auflage, Dudenverlag, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2006, S. 535.)

So wahr ihr Gott helfe

Wann folgen statt Worte endlich Taten, Frau Kanzlerin? Wir sind als Nation zusammengewachsen sagte die Kanzlerin in Ihre Neujahrsbotschaft. Mir ist klar, wir alle leben unter dem selben Himmel, leider haben wir jedoch nicht den gleichen Horizont. Denn unsere Gesellschaft ist in drei Gruppen gespalten. Die erste hat Arbeit und kann davon gut leben, die zweite muss sich durchs Leben mit prekärer Arbeit durchschlagen und die letzte Gruppe hat keine Arbeit und bekommt auch keine. Es gibt eine Politikverdrossenheit, die Wahlbeteiligung geht weiter zurück und der soziale Frieden ist in Gefahr. Das nutzen die Feinde unserer Demokratie. Das muss doch auch die Kanzlerin erkennen, warum schweigt sie dazu?

Die deutsche Wirtschaft verkaufte 2014 Waren und Dienstleistungen im Wert von 190 Milliarden Euro mehr ans Ausland als sie aus dem Ausland bezog. Aber die Binnennachfrage in Deutschland stagniert durch Lohndumping. Für ein Investitionsprogramm zur Stärkung der Binnennach-

frage gibt seit 1967 ein Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG). Warum setzt die Kanzlerin dieses Gesetz nicht um?

Die Kanzlerin berichtet stolz vom Jubiläum 25 Jahre deutsche Einheit. Ich sehe keine Einheit, die durchschnittliche Steuerkraft pro Einwohner in den Ostdeutschland, nach 25 Jahren liegt nur bei rund 57 Prozent des Bundesdurchschnitts. Nach der Wiedervereinigung bestehen noch Unterschiede bei der Rentenberechnung zwischen Ost und West. Warum diese Unterschiede, wo sind die Lösungen? Ich hörte nichts von der Kanzlerin.

Großer Dank gilt allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern bei der Bewältigung des Flüchtlingsstromes. Wer verlässt schon gern freiwillig seine Heimat? Die Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind keine Lösung. Kein Wort über die Ursachen und deren Bekämpfung für dieses menschliche Leid.

In der Neujahresansprache fordert die Kanzlerin mit blumigen Worten den sozialen Frieden, dem müssen aber auch Taten

folgen! Ihre Aufgabe sehe ich darin, dafür zu sorgen, dass die Menschen in unseren Land ein selbstbestimmtes Leben führen können, d.h. der Verarmung, insbesondere der Altersarmut entgegen zu wirken. Gegenwärtig betreibt sie doch als mächtigste Frau in Europa eine Politik für die Banken und Konzerne. Es ist doch die jahrzehntelange Politik für die Superreichen und ihre Banken und Konzerne, die zur Verarmung wachsender Teile der Bevölkerung geführt hat. Sie will daran nichts ändern, sonst müsste sie sich mit den Reichen und Schönen dieses Landes anlegen.

Aber der Amtseid der Kanzlerin lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

**Stanislav Sedlacik
Weimar**

Wann wird der Westen vernünftig?

Der Westen, voran die USA, wollen den Präsidenten Syriens Assad stürzen ohne an die Folgen zu denken. Die Türkei hofft nach Beseitigung von Assad, dem neuen Osmanischen Reich näher zu kommen, die USA erhoffen sich eine uneingeschränkte Macht im Mittelmeer. Der Westen hat aus den vergangenen Aktionen im Nahen Osten nichts gelernt, denn Lernen ist manchmal Glücksache. Als im Irak-Krieg Sadam Hussein gestürzt und ermordet wurde, versank der Irak danach im Chaos. Die jetzige Regierung im Irak, von den Amerikanern eingesetzt, ist unfähig, das Land zu regieren. Der IS-Staat konnte sich im Irak breit machen und machte den Irak zu seiner Basis. In Libyen wurde Ghaddafi durch den Westen ermordet und vieles durch Bomben zerstört. Jetzt herrscht in Libyen Chaos, keine Regierung aber eine starke

Bewegung Richtung IS-Staat. Beide Staaten waren stabil und es herrschte Ruhe in der Region, bis die Amerikaner kamen. Wenn Assad gestürzt wird hat der Westen ein großes Problem denn der IS-Staat wird sich Syrien einverleiben und in dieser Region der mächtigste Staat werden. Der Irak und Libyen haben gezeigt, was der Westen in seiner Unüberlegtheit anrichtet. Israel mochte Assad nicht, aber er war berechenbar. Mit dem IS-Staat wird Israel ein größeres Problem bekommen, es darf auch nicht vergessen werden, dass Israel durch die Amerikaner zur Atommacht wurde. Es fehlt hier nur ein Funke und die Welt steht am Abgrund. In der jetzigen Situation müsste Assad von allen unterstützt werden, denn er ist der einzige, der noch dem IS-Staat Paroli bieten kann und ist gleichzeitig ein Puffer zwischen dem IS und dem

Mittelmeerraum. Es ist doch eigenartig, solange Diktatoren sich gegenüber den Amerikanern loyal verhalten, können sie zehntausende Menschen ermorden ohne das auch nur der kleine Finger gehoben oder gar Demokratie gefordert wird. Die besten Beispiele sind in Südamerika, Mittelamerika, und Spanien. Diese Diktatoren waren die besten Freunde der Amerikaner und keiner der Verbrecher wurde bis heute abgeurteilt. Nur wer nicht das macht was die Amerikaner wollen, muss über kurz oder lang sterben, der Irak und Libyen beweisen dies in eindrucksvoller Weise. Der Bürgerkrieg in Syrien wurde vom Westen eingeleitet, als Vorlage diente der Fall Artischocke von 1953 im Iran, man lege beide Ereignisse übereinander und man findet bestimmt eine 80 % Übereinstimmung.

Gunther Becker, Goldbach

**NOUS POUVONS LE FAIRE
Wir schaffen das (F)**



ir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag von Dezember bis Februar

05.12.	Rudi Frank	Gotha	93.
05.12.	Willi Albrecht	Luisenthal	78.
07.12.	Otto Beier	Tambach-Dietharz	94.
07.12.	Peter Kellner	Friedrichroda	71.
09.12.	Günter Steding	Waltershausen	80.
14.12.	Alfred Pieper	Gotha	95.
14.12.	Lieselotte Garz	Gotha	79.
18.12.	Jutta Rusche	Gotha	75.
18.12.	Peter Art	Gotha	72.
18.12.	Walter Funk	Petriroda	64.
19.12.	Klaus Perlt	Wölfis	63.
21.12.	Siegfried Pytel	Döllstädt	68.
23.12.	Ursula Hoene	Tabarz	78.
26.12.	Heinz Bellwitz	Waltershausen	90.
26.12.	Heinz Eberhardt	Siebleben	87.
28.12.	Hartwig Wienck	Dachwig	76.
30.12.	Bernd-Helmut Ernst	Gotha	69.
31.12.	Hartmut Hawel	Wandersleben	67.
02.01.	Gerd Döllstedt	Tambach-Dietharz	63.
04.01.	Ursula Scheringer	Großfahner	72.
05.01.	Friedrich Kraut	Gotha	84.
05.01.	Werner Brand	Döllstädt	76.
06.01.	Helmut Wollschläger	Friedrichroda	79.
06.01.	Siegfried Weidemüller	Ingersleben	73.
07.01.	Wolfgang Döll	Gotha	84.
10.01.	Ellen Hillbrunner	Luisenthal	76.
10.01.	Helene Kühmel	Finsterbergen	92.
13.01.	Gerd Grahmann	Ingersleben	72.
14.01.	Christiane Kranz	Gotha	63.
15.01.	Lia Heine	Gotha	86.
15.01.	Ellen Henneberg	Nottleben	72.
16.01.	Ingrid Kraut	Gotha	67.
16.01.	Hans-Joachim Jahnke	Gotha	60.
19.01.	Christel Frank	Gotha	74.
19.01.	Wolfgang Degenhart	Apfelstädt	71.
22.01.	Kurt Härtel	Gräfenhain	72.
23.01.	Manfred Graßhof	Gotha	76.
24.01.	Gisela Sondermann	Kleinrettbach	72.
26.01.	Christel Lange	Gotha	65.
29.01.	Kurt Reichardt	Gotha	88.
01.02.	Willi Funke	Gotha	80.
02.02.	Wolfgang Krause	Siebleben	87.
06.02.	Kurt Wildauer	Gotha	79.
10.02.	Margrit Grützmacher	Gotha	74.
17.02.	Wolfgang Buhlau	Ingersleben	75.
21.02.	Martin Zink	Gotha	85.
21.02.	Gisela Heering	Waltershausen	80.
21.02.	Hannelore Steding	Waltershausen	77.
24.02.	Hermann Wiethe	Trügleben	72.
24.02.	Doris Wiegand	Gotha	60.
25.02.	Rosemarie Sücker	Gotha	78.

Aktiv für Siebleben

Am 29. Juli 1941 wurde Gerd Stein in Siebleben geboren. Er war ein Kriegskind. Der Vater war im Krieg und die Mutter musste sehen, wie sie Gerd und dessen Schwester durch die schlimme Zeit brachte. Gerd wurde geprägt durch sein Leben in der DDR. Er konnte Abitur machen, seinen Traumberuf als Spezialist in der Landwirtschaft erlernen, sein Diplom abschließen und gute Arbeit in der LPG leisten.



**Gerd Stein
(1941-2015)**

Ab 1989/90 gehörte er dem ersten Gothaer Kreistag nach der Wende an und später wurde er auch in den Stadtrat von Gotha gewählt. In den Jahren nach der Wende brachte er sich ebenso aktiv in die politische Arbeit der PDS und der LINKEN wie in verschiedenen Vereinen ein. In seiner kommunalen Abgeordnetentätigkeit und als Mitglied im Ortschaftsrat Siebleben lebte er uns vor, was er als Maxime seines Handelns sah: „Von alleine wird nichts. Wenn wir die Gesellschaft verändern wollen, müssen wir selbst aktiv sein. Der Boden, von dem wir ernten wollen, muss gut beackert werden.“

Wir haben am 23. Oktober 2015 mit Gerd einen ehrlichen, einsatzfreudigen, äußerst sozial gesinnten und stets verantwortungsbewusst handelnden Genossen und Freund verloren. Wir, die wir ihn kannten, mochten und schätzten werden ihn nicht vergessen. Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau, den beiden Kindern und Enkeln.

Dr. Heide Wildauer

Termine Februar 2016

05.02.	10.00 Uhr	Theo-Neubauer-Ehrung	Tabarz
02.02.	18.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Geschäftsstelle
13.02.	10.00 Uhr	Landesbildungstag	Elgersburg
15.02.	18.00 Uhr	Kreistagsfraktion	Geschäftsstelle
17.02.	17.00 Uhr	Kreistag	Louis-Spohr-Saal
22.02.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion	Geschäftsstelle
27.02.	2016	Weiterbildung für KV-Mitglieder	Elgersburg
29.02.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion	Geschäftsstelle

**Together we make it
Wir schaffen das (GB)**

klarsicht

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; Mobil: 0160/96639748; www.die-linke-gotha.de; Redaktion: E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; Redaktionsleiter: Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Tel.: (03621) 85 61 62, E-Mail: kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de; Redaktionsmitglieder: Christine Brand, Christiane Kranz, Eric Labahn, Wolfgang Möller, Martina Mürb, Helga Oshütz, Sebastian Schreiner, Doris Wiegand; Erscheinungsweise: in der Regel monatlich; Redaktionsschluss: 15. des Vormonats; Zuschriften: bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; Konto: Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH